

SPD  
CDU  
B'90/Grüne  
KBB/FDP

Herrn Bezirksbürgermeister  
Bernd Schößler

Herrn  
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 21.10.2008

**AN/2110/2008**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Bezirksvertretung 5 (Nippes)	

**Lärmschutz Bahntrasse Niehl  
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und B'90/Grüne -**

Die Bezirksvertretung Nippes möge beschließen:

1. Die Bezirksvertretung Nippes bittet die Verwaltung, sich mit der HGK in Verbindung zu setzen, um Gespräche über den aktiven und passiven Lärmschutz entlang der Bahntrasse Niehl, Longerich zu führen. Es soll dabei unter Anderem auch untersucht werden, wie sich eine Reduzierung der Zuggeschwindigkeit bzw. eine gleichmäßige gemäßigte und die Beschaffenheit der Gleisschwellen (Beton/Holz) auf den entstehenden Lärmpegel auswirken. Zudem soll die HGK aufgefordert werden, bei den eigenen Bahnen auf dieser Strecke modernes Gerät, das weniger Lärm erzeugt, einzusetzen. Weiter soll geprüft werden, ob Nachtfahrten reduziert werden können.
2. Die Verwaltung soll prüfen, ob der Lärmschutz für die Anwohner durch entsprechende Lärmschutzmauern verbessert werden kann. Die entsprechenden Kosten sind darzustellen.
3. Wir bitten die Verwaltung das Landesumweltamt einzuschalten, um Lautstärkemessungen vorzunehmen und zu prüfen, in wie weit Verstöße gegen die gesetzlichen Richtlinien vorliegen.

Begründung:

An 7 Tagen der Woche, also auch sonntags, wie auch in den Nachtstunden, sind große Teile der Longericher und Niehler Bevölkerung durch den Lärm der auf den HGK-Gleisen fahrenden Bahnen betroffen. Dabei war bei einer Bürgersprechstunde der Bürgerinitiative „Wohnen und Umwelt“ im Kölner Norden am 6. Oktober 2008 vom HGK Mitarbeiter Herrn Klein zu er-

fahren, dass der Verkehr auf der Strecke jetzt noch einmal zusätzlich zunehmen soll. Hier stehen, wie es Herr Klein zugab, Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkte der AG im Vordergrund. Dies geht auch aus einem uns vorliegenden Schreiben der HGK an den Bürgerverein Longgerich hervor. Um also den Gewinn zu maximieren, werden die Kosten für den Lärmschutz als nicht durchführbar oder nicht effektiv abgetan. Dabei wurde auch formuliert, dass die HGK Anlagen Bestandsschutz aus dem Jahre 1925 haben, und zu solchen kostspieligen Maßnahmen nicht gezwungen werden könne. Diese Ansicht hilft den Anwohnern nicht. Die HGK sollte im Gegenteil die erforderliche Verantwortung übernehmen und in den Lärmschutz investieren. Wir fordern, dass jede Maßnahme getroffen wird, die einer Reduzierung des Lärmpegels dienlich ist. Dabei ist auffällig, dass der Lärm der Züge, nach dem Austausch der Holz- gegen Betonschwellen, von den betroffenen Bürgern, sowohl in Niehl, als auch in Longgerich und der Gartenstadt Nord deutlicher wahrgenommen werden. Auch die Reduzierung der Geschwindigkeit bzw. ein gleichmäßiges gemäßigtes Fahren könnte nach unserer Auffassung, da neben der üblichen Fahrgeräuschkinderung auch die Bremswege und die Kontakte zwischen den Waggonen und damit das Quietschen vor den Signalen reduziert würde. Schließlich muss geprüft werden, wie durch weitere, eventuell auch sehr aufwendige Maßnahmen, die Lautstärke minimiert wird. Es kann nicht rechtens von Seiten der HGK sein, wenn stellvertretend für die Patienten eine Anästhesistin des HI. Geist Krankenhauses aussagt, der Lärm der Bahnen sei auf der 8. Etage des Krankenhauses auf der Intensivstation noch zu hören.

gez. van Geffen

gez. Dr. Clasen